

KONJUNKTURREPORT

16. Jg., Ausgabe 3, Sept. 2016

Erhöhte Unsicherheit belastet Konjunktur

Die **Weltwirtschaft** und der Welthandel haben sich im zweiten Quartal 2016 gedämpft entwickelt. Dazu hat die Entscheidung der britischen Wähler für einen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU (Brexit) am 23. Juni beigetragen. Die anschließende hohe Volatilität an den Finanzmärkten dauerte zwar nur kurz an, aber die Unsicherheit bezüglich der weltwirtschaftlichen Aussichten ist gestiegen. Dies zeigt sich auch darin, dass der vom Münchner ifo Institut veröffentlichte Weltwirtschaftsklima-Index auf den niedrigsten Wert seit drei Jahren gesunken ist. Im Einklang mit der Einschätzung, dass der Brexit vor allem für die EU negative Folgen haben wird, fiel der Weltwirtschaftsklima-Index für Europa besonders stark.

In den **USA** setzte sich die relativ schwache Konjunkturentwicklung fort. Nach einem Anstieg um 0,2 % im ersten Quartal beschleunigte sich das Expansionstempo im zweiten Jahresviertel nur auf 0,3 %. Positiv entwickelte sich der private Konsum, während der öffentliche Konsum und die Anlageinvestitionen zurückgingen. Der Außenhandel war neutral für das Wachstum. In **Japan** ist die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal um 0,2 % gestiegen, nach 0,5 % zu Jahresbeginn. Die Exporte waren rückläufig, während die Investitionen und der Konsum das Wachstum stützten. Das Konsumwachstum war deutlich schwächer als im ersten Quartal. In **China** erhöhte sich das saisonbereinigte BIP im zweiten Quartal um 1,8 %, nach nur 1,2 % im ersten Quartal. Im Vorjahresvergleich stieg die Wirtschaftsleistung in den ersten beiden Quartalen jeweils um 6,7 %. Während sich der Dienstleistungssektor robust entwickelte, war die Industrieproduktion schwach. Die private Investitionsschwäche konnte durch verstärkte staatliche Investitionen ausgeglichen werden.

Im **Euroraum** nahm das reale BIP zwischen April und Juni gegenüber dem Vorquartal um 0,3 % und in der **EU-28** um 0,4 % zu, nach jeweils 0,5 % im ersten Quartal. Unter den großen Mitgliedsstaaten betrug der Anstieg in Spanien 0,8 %, in Deutschland 0,4 % und im Vereinigten Königreich 0,6 %. In Frankreich und Italien stagnierte das BIP, während es in den meisten mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländern kräftig expandierte.

Getragen wurde die Konjunktur vom Außenhandel und dem privaten Konsum, wenngleich sich das Konsumwachstum gegenüber dem ersten Quartal abschwächte.

In Österreich stieg die Wirtschaftsleistung im zweiten Quartal um 0,3 %, nach 0,4 % zu Jahresbeginn. Impulse kamen von der Inlandsnachfrage, während der Außenhandel negativ zum Wachstum beitrug. Zwar legten die Exporte deutlich zu, aber die Importe stiegen wegen der robusten Inlandsnachfrage und des hohen Importgehalts der Exportgüter noch stärker. Der private Konsum profitierte von der Steuerreform. Ausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration stärkten den öffentlichen und den privaten Konsum. Bei den Anlageinvestitionen entwickelten sich nicht nur die Investitionsausgaben der Unternehmen, sondern auch die Bauinvestitionen positiv. Entstehungsseitig stieg die Wertschöpfung in der Sachgütererzeugung und in der Bauwirtschaft sowie im Handel und im Bereich Beherbergung und Gastronomie. In der Industrie schwächte sich das Wachstum im Vergleich zum ersten Quartal etwas ab, was auf die erhöhte Unsicherheit nach dem Brexit-Votum zurückzuführen sein dürfte.

In Kärnten sank der Produktionsindex für den produzierenden Bereich im Durchschnitt der ersten fünf Monate 2016 um 2,5 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum, während er in Österreich insgesamt im selben Zeitraum um 1,9 % stieg. Im Verarbeitenden Gewerbe war die Entwicklung in Kärnten zwar positiv, aber mit 1,0 % blieb das Wachstum deutlich hinter jenem im Bundesdurchschnitt zurück (2,3 %). Die Bauproduktion ging in Kärnten um 4,3 % zurück, während sie in Gesamt-Österreich um 0,2 % stieg. In Kärnten ging die Produktion sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau um mehr als 4 % zurück, während sich im Bundesdurchschnitt der Tiefbau mit einer Produktionszunahme um 1,6 % deutlich besser entwickelte als der Hochbau (-0,1 %). Das KIHS geht davon aus, dass die gesamtwirtschaftliche Dynamik in Kärnten auch im Jahresdurchschnitt hinter jener Gesamt-Österreichs zurückbleibt. Die Wirtschaftsprognose für Kärnten kann über die Homepage des KIHS abgerufen werden.

Klaus Weyerstraß

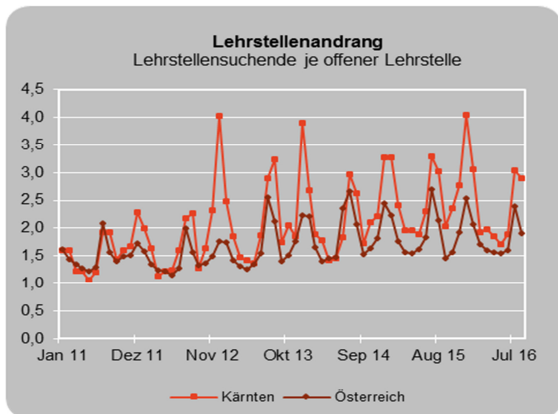
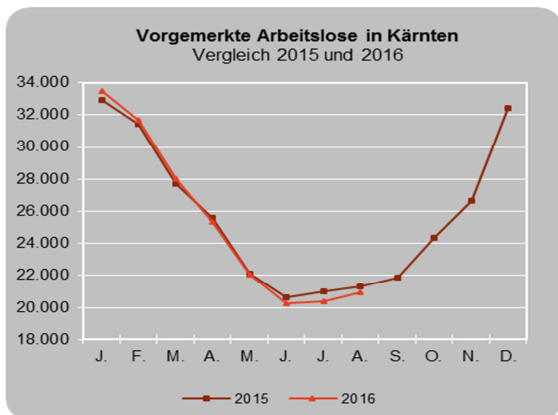
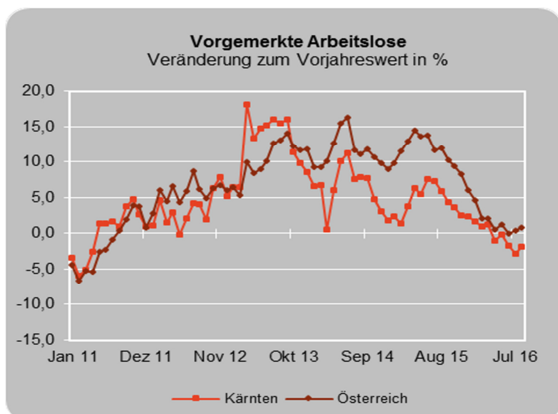
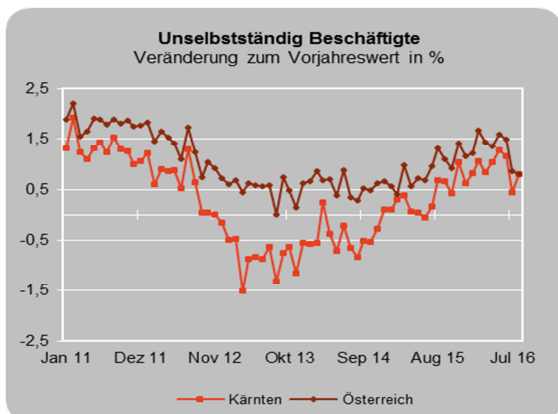
Aktuelles vom Arbeitsmarkt

Die verhalten positive Entwicklung am Kärntner Arbeitsmarkt setzt sich auch in der zweiten Jahreshälfte fort und verbessert sich zusehends. So beträgt im August 2016 die Zahl der Arbeitslosen in Kärnten 20.912 (Österreich: 329.862) und liegt damit – wie schon in den Monaten zuvor – unter den Vergleichswerten des Vorjahres (-1,9 %), während österreichweit weiterhin Zuwächse bei der Arbeitslosigkeit verzeichnet werden (August 2016: +0,8 %). Die vergleichsweise günstige Entwicklung und Annäherung an den Bundesdurchschnitt, wie diese bereits im Verlauf des Jahres 2015 beobachtet werden konnte, setzt sich damit fort. Daneben gewinnt auch die Beschäftigungsentwicklung weiter an Dynamik; die Zahl der unselbstständig Beschäftigten nimmt in Kärnten mit +0,8 % im Vergleich zum Vorjahr merklich zu (Österreich: +0,8 %). Aktuelle Wirtschaftsprognosen¹ deuten zudem auf eine anhaltende Zunahme der Beschäftigung hin. Bei einem österreichweiten Anstieg um 2,3 % sinkt in Kärnten zusätzlich die Zahl der Schulungsteilnehmer/innen beim Arbeitsmarktservice deutlich (-8,9 %).

Besonders positiv entwickelt sich weiterhin der Jugendarbeitsmarkt: mit einem Rückgang von 9,3 % (August 2016) im Vergleich zum Vorjahr kann bei arbeitslosen Jugendlichen – wie bereits seit Ende des Jahres 2015 – ein überdurchschnittlicher Entlastungseffekt beobachtet werden (Österreich: -5,8 %). Weiterhin angespannt bleibt allerdings die Situation am Lehrstellenmarkt: Im August 2016 kommen auf 722 Lehrstellensuchende lediglich 245 sofort verfügbare offene Lehrstellen. Dies entspricht einem Lehrstellenandrang von 2,9, der damit deutlich über dem Wert von Österreich (1,9) liegt; im Herbst dürfte sich die Situation allmählich wieder entspannen.

Daneben bestehen strukturelle Probleme der Arbeitsmarktentwicklung mit einem weiterhin deutlichen Anstieg der Langzeitarbeitslosigkeit (über 1 Jahr) um 21,8 % wie auch einer weiteren Zunahme der Arbeitslosigkeit von Älteren (50+) um +0,9 % gegenüber den Vorjahreswerten fort. Auch in diesen Bereichen fällt die Dynamik in Kärnten jedoch vergleichsweise günstiger als im Bundesdurchschnitt aus, wo die Arbeitslosenzahl um +42,0 % (Langzeitarbeitslosigkeit) bzw. +6,5 % (50+) wesentlich stärker zugenommen haben.

Robert Klingmair



¹ Vgl. Fortin et al. (2016): Prognose der Österreichischen Wirtschaft 2016-2017 – Konjunkturerholung verfestigt sich. Economic Forecast 92/2016. Institut für Höhere Studien. Wien.

Kommentar: „Die Zugbrücken hoch“

Unter dieser Überschrift wird mit einem Artikel aus dem Economist vom 28. Juli 2016 auf die Rückkehr des Protektionismus hingewiesen. Tatsächlich haben in den vergangenen Jahren die Handelsbeschränkungen zugenommen. Es zeigt sich, dass die diesbezügliche Spaltung innerhalb der wohlhabenden Staaten nicht mehr eine zwischen parteipolitischen Linien ist, sondern eine zwischen „offen“ und „geschlossen“, d.h. zwischen Staaten, die weiterhin für eine Marktöffnung und die Beseitigung von Handelshemmnissen eintreten und solchen, die sich dagegen aussprechen.

CETA (das Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen zwischen Kanada und der EU), TTIP (die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft zwischen den Vereinigten Staaten und der EU) und TPP (die Transpazifische Partnerschaft, ein geplantes Handelsabkommen zwischen den USA, Australien, Brunei, Chile, Japan, Kanada, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur und Vietnam) sind aktuelle Beispiele für höchst umstrittene Entwicklungen bei der Liberalisierung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen.

Nächstes Jahr wird die Erkenntnis David Ricardos, wonach eine internationale Spezialisierung der Produktion und die damit verbundene Arbeitsteilung für alle daran beteiligten Länder Vorteile bringt, 200 Jahre alt. Rechtzeitig zu diesem Jubiläum wird dieses in allen volkswirtschaftlichen Lehrbüchern akzeptierte Konzept vom „komparativen Vorteil“ von einer wachsenden Zahl an Ökonomen kritisch hinterfragt. Der mit der Globalisierung zusammenhängende Unmut basiert auf ihrem teilweisen Versagen. Freihandelsabkommen wie TPP, CETA und TTIP werden nicht nur in Europa (und da besonders in Deutschland und Österreich) abgelehnt, sondern immer stärker auch in Ländern, die sich traditionell für den Freihandel einsetzen, wie den Vereinigten Staaten, weil sich die damit verbundenen negativen Begleiterscheinungen immer deutlicher zeigen. Brexit und die diesbezüglichen Positionen eines Donald Trump können auch als Manifestation davon betrachtet werden. Protektionistische Politik – sowohl bei wirtschaftspolitischen Fragen als auch Migration, die auch eine Dimension von Globalisierung darstellt – erfährt auch von seriösen Ökonomen zunehmend Unterstützung.

Neben den unbestreitbaren und mittlerweile als selbstverständlich empfundenen Vorteilen des „Megatrend Globalisierung“, die z.B. hunderte Millionen Chinesen aus bitterster Armut

geholt hat, gilt es doch stärker zu differenzieren und die Schattenseiten nicht zu verschweigen. „On trade, angry voters have a point“ schreibt dazu die New York Times. Arbeitsplatzverluste in von der Globalisierung besonders betroffenen Industrien und problematische Verteilungseffekte können nicht länger ignoriert werden. Gemäß der Theorie sollten Arbeitsplatzverluste in den von der Marktöffnung betroffenen Branchen in anderen Wirtschaftsbereichen zumindest wieder wettgemacht werden. Die Entwicklungen in den Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich als Ergebnis der China-Konkurrenz zeigen jedoch, dass das nicht der Fall war. Das erklärt auch die zunehmend feindselige Einstellung zahlreicher exponierter Arbeitnehmer in Industriestaaten. Diese Menschen, typischerweise gering qualifizierte Arbeitnehmer, zählen zu den Verlierern der Globalisierung. Lediglich Deutschland scheint diesbezüglich eine Ausnahme zu sein, weil die Beschäftigungsgewinne auf der Exportseite deutlich größer sind als die Arbeitsplatzverluste in den schrumpfenden Branchen. Deutschland, aber auch Österreich, profitiert damit ganz klar von der Globalisierung. Zusammenhängen dürfte das mit der Industriestruktur (Qualitätsprodukte in den Bereichen Maschinenbau, Chemie, Automobile), die sich sehr gut mit der globalen Nachfrage aus den Schwellenländern deckt. Der im internationalen Vergleich hohe Anteil der industriellen Wertschöpfung erweist sich in diesem Zusammenhang als Vorteil.

Die Aufgabe der Wirtschaftspolitik besteht somit im Gestalten der Leitplanken für die Globalisierung. Dazu gehört vor allem eine Entschädigung der Verlierer, d.h. die Sicherstellung, dass die Ungleichheit zwischen Gewinnern und Verlierern nicht weiter zunimmt. Dazu gehört auch die Schaffung von als fair empfundenen „Spielregeln“, wie z.B. Umwelt-, Sozial- und Sicherheitsstandards, wie sie in Europa üblich sind, sowie die Transparenz dieser Spielregeln, um alle Dimensionen von Nachhaltigkeit sicherzustellen. Dazu gehört auch das Stopfen von Steuerschlupflöchern. Zur Wohlstandssicherung kommen wir um eine Aufrechterhaltung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit nicht herum. Da können wir aus den negativen Erfahrungen der Amerikaner, Engländer und Franzosen lernen.

Die österreichische Exportquote beträgt mehr als 50%, d.h. mehr als die Hälfte der gesamten Wirtschaftsleistung – und somit auch unseres Einkommens! – entfällt auf den Export von Waren und Dienstleistungen. Natürlich kann auf globaler Ebene nicht mehr exportiert als importiert werden und nicht jedes Land kann Exportweltmeister sein, auch sind die Aufrufe zum Konsum von lokal produzierten Lebens-

mitteln berechtigt, aber Chlorhendl hin und Rohmilchkäse her: Globalisierung ist kein Nullsummenspiel. Die Befürworter von weniger internationalen Wirtschaftsbeziehungen, eines Öxit und eines Hochziehens der Zugbrücken sollten sich die damit verbundenen Konsequenzen gut überlegen. David Ricardo würde sich im Grabe umdrehen, wenn Versuche die Globalisierung dauerhaft rückgängig zu machen von Erfolg gekrönt wären, und wir würden uns wundern, wenn wir uns weniger leisten könnten.

Norbert Wohlgemuth

Determinanten für das Sparverhalten der Bevölkerung

Der Sparquote kommt in der ökonomischen Theorie aufgrund des Zusammenhangs mit der Investitionsquote und dem Wirtschaftswachstum eine hohe Relevanz zu, auch wenn der nationalen Sparquote aufgrund der globalisierten Kapitalmärkte für Investitionen heutzutage eine geringere Rolle beigemessen wird. Im Besonderen vor dem Hintergrund der durch die Wirtschaftskrise ausgelösten expansiven Zinspolitik der EZB, mit der Zielsetzung Investitionen und Wirtschaftswachstum anzukurbeln, erscheint die Fragestellung von Interesse, welche Effekte daraus für das Sparverhalten der Bevölkerung ersichtlich sind bzw. welche Determinanten dieses im Generellen beeinflussen.

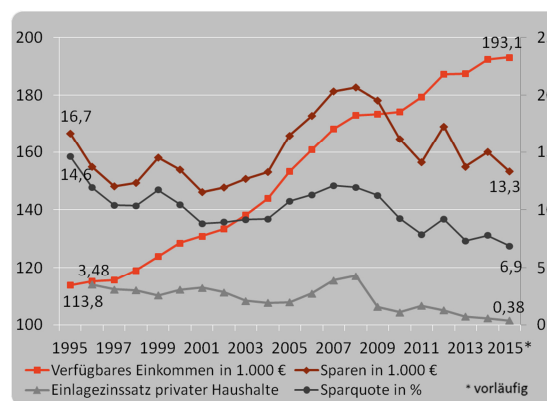
Gemäß der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung wird das Sparen als jener Teil des verfügbaren Einkommens² definiert, welcher nicht konsumiert wird, wobei zusätzlich Zahlungen der Haushalte in betriebliche Versorgungsansprüche zum Sparen hinzugerechnet werden.³ Aus theoretischer Sicht sind daher im Zuge der Fragestellung nach Determinanten der Sparquote die traditionellen Konsumtheorien von Interesse. Keynes (1936), Begründer der traditionellen Konsumtheorie, attestiert dem Einkommen, objektiven Rahmenbedingungen wie beispielsweise dem Zinssatz oder der Besteuerung sowie subjektiven Bedürfnissen, psychologischen Neigungen und Gewohnheiten Relevanz in Bezug auf das Konsum- bzw. Sparniveau eines Haushalts, stellt jedoch das reale Einkommen aufgrund kurzfristiger Konstanz der weiteren Faktoren als Hauptdeterminante dar. Nach Keynes führt ein höheres absolutes

Einkommen aufgrund einer sinkenden marginalen Konsumneigung zu einer höheren Ersparnis von Haushalten.

Auch gemäß Duesenberry (1949) und Friedman (1957) kommt dem Einkommen eine wesentliche Rolle für das Konsum- bzw. Sparverhalten von Haushalten zu, wobei Duesenberry das relative Einkommen, d.h. den gesellschaftlichen Status von Haushalten, und Friedman das permanente, d.h. reguläre, Einkommen als relevant ansehen. Friedman hebt dabei hervor, dass kurzfristige Einkommenschwankungen, wie beispielsweise durch konjunkturelle Effekte ausgelöst, zu keiner Änderung des Lebensstils führen, sondern mit Hilfe von Sparen oder Kreditaufnahmen geglättet werden. Fisher (1930) verweist hingegen auf die Wirkung des Zinssatzes für die Ersparnis von Haushalten; so würde ein höherer Zinssatz zu einem höheren Sparverhalten führen.⁴

Wie in der folgenden Abbildung ersichtlich, ist die Sparquote österreichischer Haushalte, d.h. der Anteil des Sparens am verfügbaren Einkommen in den vergangenen Jahren deutlich gesunken bzw. hat im Jahr 2015 mit 6,9 % einen Tiefststand erreicht; 1995 betrug diese noch knapp 15 %. Dies gilt, obwohl das verfügbare Einkommen privater Haushalte im Betrachtungszeitraum stetig gestiegen ist. Der Einlagezinssatz für private Haushalte ist jedoch seit der Wirtschaftskrise deutlich gesunken und lag 2015 nur noch bei 0,38 %; 2008 waren es noch 4,27 % (bei einer Laufzeit unter einem Jahr). Dieser Rückgang scheint sich auch in der Trendentwicklung der Sparquote seit der Krise widerzuspiegeln.

Abbildung 1: Verfügbares Einkommen, Einlagezinssatz, Sparen und Sparquote österreichischer Haushalte, 1995-2015



Quelle: Statistik Austria (2016, online) sowie ÖNB (2016, online), eigene Darstellung.

² Das verfügbare Einkommen ergibt sich aus dem erzielten Einkommen der Haushalte abzüglich von Steuerzahlungen und zuzüglich von Transferleistungen des Staates.

³ Vgl. Statistik Austria (2015): Standard-Dokumentation Metainformation zu den Nichtfinanziellen Sektorkonten Jahresrechnung. Wien.

⁴ Für einen detaillierteren Einblick in die Konsumtheorien samt Literaturverweisen siehe Aigner-Walder, B. (2012): Demographischer Wandel & privater Konsum. SVH.

Die alleinige Betrachtung des verfügbaren Einkommens und der Zinssätze reicht jedoch nicht aus, um den langfristigen Abfall der Sparquote zu erklären. Dirschmid und Glatzer belegen, dass die Sparquote österreichischer Haushalte abgesehen vom Einkommenswachstum und dem Zinssatz auch von der Inflationsrate, dem Anteil der Sozialausgaben des Staates am verfügbaren Einkommen und dem staatlichen Budgetsaldo beeinflusst wird.⁵ Zudem könnte gemäß der Lebenszyklus-Hypothese von Modigliani (1966) der langfristige Rückgang der Sparquote teils auch durch die Bevölkerungsalterung bedingt sein, da im Ruhestand das angesparte Vermögen als Ersatz für den partiellen Einkommensentfall dient.

Birgit Aigner-Walder

Kommentar: Intelligentes Sparen

Wenn der Deal mit Vertretern der HETA-Gläubiger tatsächlich angenommen wird, ist Kärnten – mit entscheidender Hilfe des Bundes – noch mit einem blauen Auge aus dem Hypo-Desaster davongekommen. Dieses blaue Auge wird allerdings noch sehr lange schmerzen, weil zu der ohnehin hohen Verschuldung des Landes noch weitere 1,2 Mrd. € dazukommen. Wenn die Bundesfinanzierungsagentur, die die Kredite für Kärnten besorgt, nach dem Ende der Nullzinspolitik der EZB wieder mit „normalen“ Zinsen konfrontiert sein wird, erhöht sich die finanzielle Belastung des Landesbudgets noch einmal dramatisch.

In Relation zur Größe des jährlichen Budgets des Landes von rd. 2 Mrd. € nimmt sich die zusätzliche Belastung durch den Ausstieg aus dem Hypo-Obligo von rd. 40 Mio. € Rückzahlung über rd. 30 Jahre, plus Zinsen, nicht überwältigend hoch aus. Allerdings verzeichnet das Land immer noch ein Defizit im laufenden Budget (2015 betrug die Nettoneuverschuldung 112 Mio. €), das zu einem Budgetüberschuss umgekehrt werden müsste, wenn die Belastung der Steuerzahler und künftiger Generationen durch die hohe Verschuldung des Landes schrittweise abgebaut werden sollte. Bei einem sehr niedrigen Wirtschaftswachstum ist dabei die Hoffnung, über weiter steigende Steuereinnahmen aus der Verschuldung „herauswachsen“ zu können, leider Illusion.

Wenn die Belastung des Landesbudgets aus der zusätzlichen Schuldenaufnahme auch überschaubar ist, bleibt doch das Problem, dass die Ausgabenseite des Budgets durch gesetzliche und andere feste Ausgabenverpflichtungen in hohem Maße gebunden ist. Gleichzeitig hat das Land auf der Einnahmenseite kaum Gestaltungsspielraum (statt frei werdende Wörthersee-Motorbootlizenzen im Windhund-Verfahren zu vergeben, hätte man sie auch meistbietend versteigern können; so kämen zwar nur die „Reichen“ zum Zug, aber für die „Armen“ ist ein Motorboot ohnehin keine Option).

Wenn Mario Draghi immer wieder darauf hinweist, dass die durch eine extrem expansive Geldpolitik der EZB gekaufte Zeit für dringend nötige Strukturreformen genutzt werden sollte, hat er zwar eher Italien und Frankreich im Sinn, könnte jedoch gleichermaßen das Bundesland Kärnten meinen. Die Finanzpolitik „intelligenten Sparens“ des Landes ist zwar grundsätzlich richtig, doch wird es nötig sein, durch tiefer gehende und auch schmerzhaft eingriffe beim Leistungsangebot des Landes, durch spürbare Verbesserungen bei der öffentlichen Verwaltung und bei den Rahmenbedingungen für den Unternehmenssektor größere Sparpotentiale zu heben, um Gestaltungsspielräume für zukunftssichernde Investitionen zu gewinnen. An Vorschlägen für entsprechende Maßnahmen ist kein Mangel – vom Feld der Krankenanstalten über die Wohnbau-, Wirtschafts- und Familienförderung bis zu Einsparungen im öffentlichen Dienst – allerdings auch nicht an vorhersehbaren Widerständen und Protesten. Aufgabe der Politik ist es daher, der Illusion entgegenzutreten, dass es weiter gehen könnte wie bisher, die Notwendigkeit der Budgetkonsolidierung und gleichzeitig von zukunftsweisenden Vorhaben deutlich zu machen, einzelne Leistungsbereiche auf den Prüfstand zu stellen und mutig die Gestaltung der Zukunft des Landes anzugehen.

Ein Schreckensbeispiel für Politiker ist die gegen starke Widerstände durchgesetzte Agenda-Reformpolitik der rot-grünen Regierung von Bundeskanzler Schröder in Deutschland, die zum Verlust der Regierungsmehrheit geführt hat und von der das Land und nachfolgende Regierungen bis heute profitieren. Ähnliches gilt für die Reformpolitik der Regierung Voves in der Steiermark. Doch ist hier kein Naturgesetz am Werk und einer breiten Regierungskoalition im Bundesland Kärnten müsste es gelingen, die notwendige Unterstützung für ein umfassendes Reformprogramm zu gewinnen.

Hans-J. Bodenhöfer

⁵ Vgl. Dirschmid, W./Glatzer, E. (2004): Determinanten der Sparquote der privaten Haushalte in Österreich. ÖNB Geldpolitik & Wirtschaft Q4/04, S. 26-40.

Wirtschaftsbericht 2015/2016

Der diesjährige Bericht zur Wirtschaftslage des Landes Kärnten, der am 15. Juli vor dem Wirtschaftspolitischen Beirat und am 29. Juli im Rahmen einer Pressekonferenz präsentiert wurde, trägt den Untertitel „Eingeschränkter Handlungsspielraum als Chance für Strukturreformen“. Damit soll angedeutet werden, dass die Finanz- und Wirtschaftspolitik des Landes in den kommenden Jahren aufgrund der budgetären Implikationen aus den HETA-Verpflichtungen, die den Schuldenstand des Landes schlagartig um ca. ein Drittel erhöhen werden, von einem verschärften Konsolidierungskurs charakterisiert sein wird müssen. Die bisherigen Sparbemühungen sind für die Herausforderungen der kommenden Jahre nicht ausreichend; so gab es im Jahr 2015 weiterhin ein Primärdefizit. Der extrem eingenge Handlungsspielraum stellt aber auch eine Chance zur überfälligen und langfristig notwendigen Umsetzung von bisher politisch nicht durchsetzbaren Strukturreformen dar. Möglicherweise ist das Verständnis der Bevölkerung dafür ausgeprägter als erwartet. Im politischen Diskurs wird in diesem Zusammenhang häufig der Begriff des „Intelligenten Sparens“ bemüht (Kommentar auf Seite 5). Dabei handelt es sich um Maßnahmen, die das langfristige Wachstumspotenzial des Landes nicht beeinträchtigen.

In den zentralen makroökonomischen Indikatoren Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Budgetentwicklung schneidet Kärnten im Österreich-Vergleich unterdurchschnittlich ab. Damit muss die Lage als dramatisch charakterisiert werden, denn ohne Umkehrung dieser Entwicklung würde Kärnten von den anderen Bundesländern noch weiter abgehängt werden.

Im Folgenden werden einige der Empfehlungen aus dem Bericht zusammengefasst.

Langfristiges Ziel der Finanzpolitik muss es sein, die Verschuldung des Landes und seiner ausgegliederten Rechtsträger (z.B. KABEG und KWF) zu reduzieren, um finanziellen Spielraum zu gewinnen. Das in den kommenden Jahren zu erwartende Wirtschaftswachstum wird es aber nicht erlauben aus den Schulden „herauszuwachsen“, d.h. den Schuldenstand zumindest in Relation zur Wirtschaftsleistung (Bruttoregionalprodukt) zu senken.

Die positiven Auswirkungen der „kleinen Globalisierung vor der Haustür“ (EU-Beitritt, Ostöffnung) sind abgeklungen. In Zukunft muss daher das endogene Wachstumspotenzial gestärkt werden. Dazu sind wachstumsfördernde Rahmenbedingungen für Unternehmen von zentraler Bedeutung (z.B. „New Deal“ der

Bundesregierung, „Kärnten Paket“) und Möglichkeiten zur Verbesserung von Investitions- und Standortbedingungen müssen konsequent umgesetzt werden. Zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der Kärntner Wirtschaft sind weiche Standortfaktoren (z.B. Umweltqualität und Sicherheit) von zunehmender Bedeutung.

In Österreich liegen wirtschaftspolitische Kompetenzen primär beim Bund. Abgesehen von Reformimpulsen, die von den Bundesländern auf Entscheidungen auf Bundesebene ausgehen können, liegen wichtige Möglichkeiten zur Verbesserung von Standortqualität und -attraktivität auch in der Kompetenz der Bundesländer. Die Überwindung der Wachstumsschwäche des Bundeslandes Kärnten setzt daher voraus, dass die Landesregierung in einem umfassenden Konzept Möglichkeiten zur Verbesserung von Investitions- und Standortbedingungen identifiziert und konsequent umsetzt. Diese reichen von administrativen Strukturen und Prozessen über den Bereich von Bildung und F&E bis zu Infrastrukturvorhaben, wobei die prioritären Ansatzpunkte in engem Kontakt mit den Interessenvertretungen des Unternehmenssektors abzuklären sind. Grundsätzlich zählt zu diesem Ansatz auch die Förderung eines unternehmens- und investitionsfreundlichen Klimas, das über die Region hinaus für den Wirtschaftsstandort Kärnten wirbt. Diese verbesserten Rahmenbedingungen können dabei der beobachteten (Binnen)Wanderung aus Kärnten und dem damit einhergehenden Fachkräftemangel entgegenwirken.

Wie im Regierungsprogramm der Kärntner Landesregierung vorgesehen, sollte im Zuge einer weiterreichenden Verwaltungsreform die Entflechtung der vielfältigen Transferleistungen zwischen dem Land und den Kärntner Gemeinden in Angriff genommen werden. Ziel ist eine weitgehende Zusammenführung von Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung für einzelne staatliche Aufgabenbereiche beim Land oder bei den Gemeinden, die eine effiziente, sparsamere Aufgabenerfüllung erwarten lässt.

Die Qualität und Attraktivität des Wirtschaftsstandorts Kärnten entscheidet sich – bei vergleichbaren allgemeinen Rahmenbedingungen und annähernd gleichwertiger Infrastrukturausstattung – im Wesentlichen über die Verfügbarkeit des Qualifikationsangebots am Arbeitsmarkt („Humankapital“) und das nutzbare Potenzial von Forschung und Entwicklung sowie Innovationsaktivitäten. Maßnahmen im Bildungsbereich sowie im Bereich F&E, Technologie und Innovation kommen damit hohe Bedeutung für die künftige Entwicklung des Landes zu. In beiden Bereichen bestehen bereits interessante Initiativen, Projekte und Pro-

gramme, die vorrangig weitergeführt und ausgebaut werden sollten.

Im Bereich F&E, Technologie und Innovation ist die Ausgangssituation des Landes relativ günstig. Die bewusst betriebene Technologiepolitik früherer Jahre (Lakeside Park, Ausbau von Universität, CTR und FH) zeigt positive Auswirkungen. Die hohe Quote der F&E-Aufwendungen in Kärnten ist in starkem Maße von wenigen Industrieunternehmen bestimmt, sodass es Aufgabe bleibt, die Innovationsorientierung der Kärntner Wirtschaft zu verbreitern und weiter zu fördern. Wiewohl es notwendig ist, auch in diesen Bereichen die Effektivität und den Einsatz öffentlicher Mittel periodisch zu evaluieren, sollten doch diese Investitionen in die Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität der Kärntner Unternehmen und der F&E-Einrichtungen im Lande von Budgetkürzungen im Zuge der Konsolidierungspolitik der kommenden Jahre ausgenommen bleiben. Intelligentes Sparen bedeutet hier nicht zu sparen. Ziel muss es auch sein, die Inanspruchnahme von EU-, FWF- und FFG-Fördermittel für F&E und Technologie durch Kärntner Unternehmen und Institutionen zu erhöhen, wofür auch Anreizmechanismen wie die Verstärkung aus Landesmitteln eingesetzt werden könnten, um für zukünftige Herausforderungen und Chancen gerüstet zu sein („Industrie 4.0“).

Empfehlungen für den Arbeitsmarkt betreffen bildungs- und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen, um dem Technikermangel entgegenzuwirken (z.B. frühzeitige Bildungs- und Berufsorientierungsoffensive an den Schulen; Initiativen, um Frauen den Zugang zu technisch-naturwissenschaftlichen Ausbildungsbereichen zu erleichtern oder ein weiterer Ausbau des technischen Ausbildungsangebots an den Hochschulen und die Forcierung der IT-L@BS). Daneben gilt es über Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik im Sinne der Qualifikationsanpassung und -weiterentwicklung zur Verbesserung der Beschäftigungschancen von älteren Arbeitskräften und von Langzeitarbeitslosen beizutragen. Auch sind Lösungsansätze zur verbesserten Integration von Geringqualifizierten und benachteiligten Gruppen (z.B. Personen mit Migrationshintergrund) in das Beschäftigungssystem zu forcieren. Dabei kann die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts beispielsweise durch englischsprachige Ausbildungsprogramme und der damit verbundenen Zuwanderung von Fachkräften und Hochqualifizierten aus dem In- und Ausland zusätzlich verbessert werden. Mit der „Beschäftigungs- und Qualifizierungsoffensive 2020+“ wurde eine gemeinschaftliche Strategie entwickelt, welche alle arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen bündelt, um die genannten strukturellen Problemfelder am Arbeitsmarkt (Langzeitarbeitslosigkeit der Älteren etc.) einzudämmen.

Dieses Programm gilt es konsequent umzusetzen und laufend den aktuellen Anforderungen anzupassen. Einzelmaßnahmen wie Sprachkurse im Tourismus und die Berufs- und Bildungsorientierung Kärnten (BBO-K) stellen weitere nennenswerte Aktivitäten dar.

Die Zukunftsentwicklung des Wirtschaftsraums Kärnten hängt entscheidend von einer zunehmenden, erfolgreichen Außenhandelsorientierung der Kärntner Unternehmen ab. Der Förderung von F&E, Technologie und Innovation durch die Wirtschaftspolitik des Landes kommt daher auch entscheidende Bedeutung für die Außenhandelsposition der Kärntner Wirtschaft zu. Neben den außeruniversitären Forschungseinrichtungen CTR, LakesideLabs und WoodK kann z.B. auf die Kooperation mit bzw. Beteiligung an dem Joanneum Research im Bereich Robotics sowie auf den bundesländerübergreifenden Cluster „Silicon Alps“ verwiesen werden. Die Umsetzung von Wettbewerbsvorsprüngen der Unternehmen in Exporterfolge ist ein besonderes Anliegen der Außenhandelsorganisation der Wirtschaftskammer. Deren Aktivitäten sollten von der Wirtschaftspolitik des Landes jedenfalls positiv aufgenommen und unterstützt werden, um eine weitere Erhöhung der Exportintensität und eine bessere Erschließung von Wachstumsmärkten zu erreichen.

Der Wirtschaftsbericht erscheint in Kürze als Monografie bei Hermagoras.

Norbert Wohlgemuth

Personalia

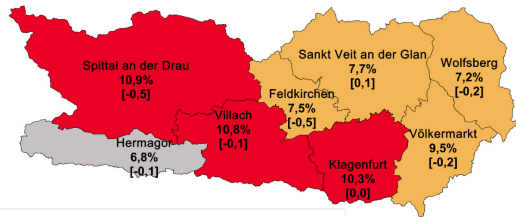
Seit 1. September 2016 ist Frau Tina Ebner, MSc. Mitglied des KIHS Teams. Frau Ebner studierte Umweltsystemwissenschaften mit Schwerpunkt BWL im Bachelorstudium und Nachhaltigkeitsorientiertes Management im Masterstudium am Institut für Systemwissenschaften, Innovations- und Nachhaltigkeitsforschung in Graz. Forschungsschwerpunkte ihrer Masterarbeit waren Abfallvermeidung und Wiederverwendung (Re-Use), eingebettet in ein innovatives Business Model eines Re-Use Parks. Der anschließende Aufenthalt in Neuseeland und die Arbeit im Naturschutzgebiet Brook Waimarama in Nelson, einer kleinen Stadt im Norden der Südinsel, diente vor allem dazu, neue Kräfte und Erfahrungen für den Start ins Berufsleben zu sammeln.



Wirtschaftskennzahlen im Überblick

Arbeitsmarkt

Arbeitslosenquoten in den Kärntner Bezirken, 2. Quartal 2016



Regionale Arbeitslosenquoten in Kärnten 2016, 2. Quartal [Veränderung zum Vorjahresquartal in Prozentpunkten]

Kärnten: 9,7 %
Österreich: 8,6 %

Quelle: AMS (2016, online); eigene Berechnungen und Darstellung KIHS

Konjunkturprognose

Konjunkturprognose für Italien, Österreich und Slowenien, Jahr 2016

Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal (Q2) in %

BIP	2. Quartal				Prognose
	2013	2014	2015	2016	2016
Italien	-2,0%	-0,2%	0,5%	0,8%	1,0%
Österreich	0,3%	0,8%	0,5%	1,4%	1,5%
Slowenien	-1,8%	3,5%	2,0%	1,9%	2,0%

Quellen: OECD (2016, online); BIP Jahresprognose: IHS Wien (2016); eigene Berechnungen und Darstellung KIHS

Beschäftigte und Erwerbstätigenquote (15-24 Jahre) in Österreich und im Alpen-Adria Raum, 2015

Region	Beschäftigte		Erwerbstätigenquote	
	In 1.000	Δ 14-15	in %	Δ 14-15
Österreich	500,0	-1,6%	51,3%	-0,8
Veneto	95,8	-5,1%	20,8%	-1,1
Slowenien	60,3	7,7%	29,6%	2,8
Steiermark	70,9	-1,0%	51,6%	-0,3
Friaul	19,6	-6,7%	19,1%	-1,3
Tirol	47,7	-4,6%	53,7%	-2,9
Salzburg	34,5	1,5%	56,2%	1,3
Kärnten	29,8	-7,7%	50,8%	-3,5
Südtirol	17,9	-10,9%	30,8%	-4,1
Trentino	11,8	0,0%	21,6%	-0,1

Quelle: Eurostat (2016, online); eigene Berechnungen und Darstellung KIHS

Tourismus

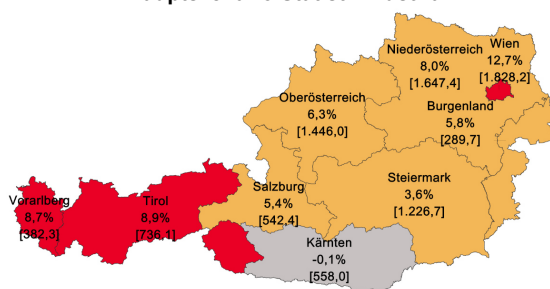
Ankünfte und Nächtigungen, Winterhalbjahr 2015/16

Tourismusregion	Ankünfte		Nächtigungen	
	in 1.000	Δ 14-15	in 1.000	Δ 14-15
Kärnten's Naturarena	172,6	7,9%	813,8	2,8%
Nockberge (Bad Kleinkirchheim)	124,6	5,1%	586,3	1,3%
Villach (Warmbad, Faaker See, Ossiacher See)	158,6	-1,2%	546,3	-2,4%
Nationalparkregion (Hohe Tauern)	72,5	-6,2%	356,7	-7,6%
Katschberg	44,4	-0,4%	223,9	-0,7%
Millstätter See	41,0	5,6%	164,7	1,9%
Lavanttal	30,2	2,1%	150,1	1,0%
Mittelkärnten	34,2	14,5%	212,5	67,5%
Klagenfurt	71,5	2,8%	122,1	0,9%
Wörthersee	62,6	20,4%	153,8	30,1%
Lieser Maltatal	16,0	-10,3%	73,4	-13,3%
Klopeiner See (Südkärnten)	18,0	-0,2%	75,8	0,8%
Oberdrautal	7,6	-2,6%	28,7	-7,4%
Carnica Region	3,8	-8,0%	11,1	0,9%
Restregion	5,9	13,7%	9,7	0,0%
Gesamt	863,5	3,6%	3.528,9	2,9%

Quelle: Kärnten Werbung (2016); eigene Darstellung KIHS

Bevölkerung

Prozentuelle Bevölkerungsentwicklung 2016-2030, Hauptszenario Statistik Austria



Bevölkerungsentwicklung 2016-2030, in Prozent [Bevölkerungsstand 2016 in 1.000]

Quelle: Statistik Austria (2016, online); eigene Berechnungen und Darstellung KIHS

Unternehmensdemographie

3-Jährige Überlebensrate von neu gegründeten Unternehmen, Gründungskohorten 2007-2011

Bundesland	Produktion	Dienstleistungen	Gesamt
Vorarlberg	78,4%	73,7%	74,3%
Niederösterreich	78,2%	72,3%	72,9%
Salzburg	78,6%	71,7%	72,5%
Tirol	73,0%	72,0%	72,1%
Oberösterreich	72,4%	71,4%	71,6%
Steiermark	75,9%	70,7%	71,4%
Burgenland	77,6%	69,6%	70,6%
Kärnten	75,4%	69,0%	69,9%
Wien	61,5%	67,7%	67,1%
Österreich	72,7%	70,4%	70,7%

Quelle: Statistik Austria (2016, online); eigene Berechnungen und Darstellung KIHS

Impressum

Herausgeber: KIHS
Adresse: Alter Platz 10, 9020 Klagenfurt
Tel. (0463) 592150, Fax DW 23
E-Mail: office@kihs.at
Website: www.kihs.at

Der KIHS Konjunkturreport erscheint mit finanzieller Unterstützung der Wirtschaftskammer Kärnten, der Industriellenvereinigung Kärnten, der Arbeiterkammer Kärnten sowie des Landes Kärnten vier Mal jährlich.
Redaktionsschluss: 12. September 2016